

Zum Platz der DDR in der deutschen Nationalgeschichte

Vertane Chancen, Sackgassen und Nachwirkungen

Wissenschaftliche Tagung des Berliner Vereins Helle Panke e.V.
Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin am 26. Oktober 2021 in Berlin

Es ist verdienstvoll, dass die Helle Panke e.V. nach der Konferenz zur Sozialpolitik in beiden deutschen Staaten (s. Z 121) erneut mit einer wissenschaftlichen Konferenz dem dominierenden Mainstream, der die DDR dem Reich des Bösen und die BRD dem Reich des Guten zuordnet, trotzte und in sachlichen wie kritischen Referaten und Diskussionsbeiträgen den weiterhin unerlässlichen Klärungsprozess der historischen Rolle der DDR und ihres Platzes in der gesamtdeutschen Geschichte ein weiteres Stück voranbrachte. Dies wird in einem bei Edition Bodoni erscheinenden Konferenzband sichtbar werden. Der Hauptorganisator *Stefan Bollinger* (Historiker/Politikwissenschaftler) hielt selbst das einführende Referat „Ein besseres Deutschland sollte es sein. Die DDR in der deutschen Nationalgeschichte als Anspruch, Realität und Nachwehen“. Er setzte sich differenziert mit den unterschiedlichsten Interpretationsmustern in der herrschenden und der linken Geschichtsschreibung in bestimmten Zeiträumen und Zusammenhängen auseinander und gab wichtige Anstöße für den Konferenzverlauf.

Der Historiker *Jürgen Hofmann* erörterte die Problematik des Platzes der DDR in der deutschen Geschichte weiter und unternahm zunächst einen profunden Exkurs zum Werdegang der deutschen Nation und ihres Nationalstaates: Die jeweiligen Besatzungs- bzw. Schutz- und Führungskräfte sowie die Systemauseinandersetzung und das internationale Kräfteverhältnis schufen besondere Rahmenbedingungen und hatten auf die Entstehung der beiden deutschen Staaten und auf deren Entwicklung wesentlichen Einfluss. Die Vorstellungen über die Zeit nach 1945 klappten sehr weit auseinander und mündeten vor dem Hintergrund des zeitweiligen Verlustes gesamtstaatlicher und nationaler politischer Strukturen sowie unterschiedlicher Ordnungsvorstellungen der Besatzungsmächte in die Zweistaatlichkeit. Beide Staaten betrachteten sich als Konkurrenten. Ihre jeweiligen Wiedervereinigungskonzepte setzten letztlich immer den Erfolg des eigenen Weges voraus. *H.* befasste sich differenziert mit der Orientierung der SED auf die Herausbildung einer sozialistischen Nation, die auf die Unumkehrbarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse sowie auf die Präge- und Integrationskraft der sozialistischen Gesellschaftsstruktur gesetzt habe. Das Scheitern des sozialistischen Projektes in der DDR und die Reintegration der ostdeutschen Länder in den Nachfolgestaat des Deutschen Reiches mache die Prozesse der Desintegration aus den Jahrzehnten zuvor nicht ungeschehen.

Wie unsachlich-reflexhaft die Mehrheit des Deutschen Bundestages zur Geschichte der DDR Stellung bezog, schilderte *Simone Barrientos* – ehemalige MdB, kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion – auf der Grundlage ihrer

eigenen Erfahrungen. Die Soziologin und Kulturphilosophin *Jana Milev* verdeutlichte anschließend sehr anschaulich die vereinigungsbedingten gesellschaftlichen und kulturellen Verwerfungen und Beschädigungen, mit denen DDR-Sozialisierte ab 1990 konfrontiert wurden und die bislang in ihren Dimensionen und Folgen nicht genügend aufgearbeitet sind. Diesen Befund bezeichnete sie als „Dritte Schuld“: Sie wurde durch die Staats- und Gesellschaftsauflösung der DDR wirksam und ist geprägt durch die ab 1990 rückwirkende Kriminalisierung der DDR, die Gleichsetzung des SED-Regimes mit dem NS-Regime, des sozialistischen Staates mit Unrechtsstaat, die Übertragung der Schablone der Holocaust-Aufarbeitung „Opfer – Täter – Mitläufer“ auf die DDR-Bevölkerung, die Wiedervereinigung bzw. Annexion der DDR, die auf staatsrechtlicher Ebene als Staats sukzession vollzogen wurde und das vollständige Einrücken der BRD-Gesellschaft auf dem Territorium der DDR sicherte. Unter dem Motto „Die DDR hat’s nie gegeben“ betrieben die BRD-Ideologen die Metapher der Nichtexistenz der DDR als eigenständiger Staat und als Nation sowie die Herabsetzung des Sozialismus als minderwertig und kriminell und dann ab 1990 prospektiv fortgesetzt. Die Auflösung der rechtlichen sowie der gesellschaftlichen und kulturellen Identität der DDR, resümierte *J. Milev*, habe in der Mehrheit der DDR-sozialisierten Bevölkerung ein sozialpsychologisches und erinnerungspolitisches Vakuum hervorgebracht und in Millionen Biografien tiefe Spuren hinterlassen.

Der Historiker *Ulrich van der Heyden* widmete sich dem Thema „Der andere deutsche Staat in der Dritten Welt zwischen Unterstützung von Dekolonialisierung und Befreiungsbewegung und den Möglichkeiten und Grenzen der DDR“. Er setzte sich am Beispiel des Einsatzes von mosambikanischen Vertragsarbeitern in der DDR-Wirtschaft unter Berufung zahlreicher positiver Äußerungen explizit mit „alternativen Fakten“ und Fake News auseinander, in denen das beachtliche entwicklungspolitische Engagement der DDR diskreditiert wurde. Die prinzipielle antikoloniale Einstellung der DDR zu den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas habe in der DDR-Bevölkerung eine so breite Zustimmung gefunden, wie sie die SED wohl in diesem Maße auf keinem anderen Gebiet besessen hätte.

Die Ökonomin *Judith Dellheim* reflektierte, was aus den Wirtschaftsreformdebatten in der DDR in den 1960er Jahren zu lernen ist und für die aktuellen Auseinandersetzungen um Entfremdung theoretisch und politisch relevant sein kann. Es komme für die linken und sozialistischen Akteurinnen und Akteure vor allem darauf an, gegen die Entfremdung im doppelten Sinne tätig zu werden. Einerseits gegen die Entfremdung von ihren realen und potentiellen politischen Partnern und andererseits gegen die gesellschaftlichen Zustände, die den Menschen daran hindern, selbstbestimmt und solidarisch zu handeln. Der Historiker *Siegfried Prokop* stellte in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen, dass die DDR nicht zwangsläufig untergehen musste. Er stützte sich dabei vor allem auf Überlegungen von Gerhard Zwerenz und Fritz Behrens. In den Reformmonaten nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 seien die Konturen einer „zweiten DDR“ sichtbar gewesen, die nicht nach sowjetischem Vorbild gestrickt war. Es seien in jener Zeit Impulse für eine zweite Revolution ausgegangen, durch die der

Mensch Herr seiner Möglichkeiten würde. Diese höhere soziale Qualität habe sich in der DDR nicht etablieren können, weil das 1921 von der KPdSU (gegen politische Feinde) erlassene Oppositions- und Fraktionsverbot als Disziplinierungsinstrument gegen neue Ideen und Reflexionen, aber auch schon gegen deren Voraussetzungen als Strafdrohung fortwirkte. Der „demokratische Zentralismus“ habe die Diktatur einer Partei, einer Gruppe, einer Person ermöglicht. Ulbrichts ökonomisches Reformkonzept vermochte es letztlich nicht, aus der Krise des Realsozialismus auszubrechen. Für Behrens konzeptionellen Ausweg einer systemtranszendenten Reform des realen Sozialismus in der DDR, 1956 entwickelt, brachte Ulbricht keinerlei Verständnis auf. P. führte weiter aus, dass Behrens eingeschätzt habe, dass das Volkseigentum kein Gemeineigentum oder gesellschaftliches Eigentum, sondern nur Staatseigentum gewesen sei. So sei es für die Arbeiter bei einer Verfremdung geblieben. Ohne eine Beseitigung der hierarchisch-elitären Struktur in Basis und Überbau und deren allmähliche Ersetzung durch eine genossenschaftlich-egalitäre Struktur blieben die alten Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisse, die der reale Sozialismus bei allen Unterschieden zum staatsmonopolistischen Kapitalismus hatte, bestehen.

Hervorhebenswert, dass in den Tagungsablauf ein von ND-Geschichtsredakteurin *Karlen Vesper* moderiertes Podiumsgespräch zum Problemkreis „Die DDR als politische und historiografische Herausforderung einst und jetzt“ integriert wurde. An ihm nahmen sowohl zwei in der alten Bundesrepublik politisch sozialisierte Akteure (der Historiker *Peter Brandt* und der Lehrer/Historiker *Holger Czitrich-Stahl*) als auch drei ehemalige DDR-Bürger (der Theaterwissenschaftler *Achim Engelberg*, der Journalist *Matthias Krauß* und die Medizinhistorikerin *Viola Schubert-Lehnert*) teil. Sie verdeutlichten ihre damaligen Empfindungen und Sichten auf den jeweils anderen deutschen Staat, auf die deutsche Teilung insgesamt und auf den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik. (Aus Platzgründen verweisen die Berichterstatter hierzu auf folgenden Stream des Veranstalters: <https://www.helle-panke.de/de/topic/3.termine.html?id=3155>.)

Holger Czitrich Stahl/Rainer Holze

Klassenformierung in der Krise

Gemeinsame Tagung „Arbeit. Klasse. Politik“ von RLS Niedersachsen, Uni Göttingen und dem Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen, Göttingen, 5 bis 6. November 2021

Wie steht es um Prozesse der Klassenformierung vor dem Hintergrund gegenwärtiger Krisendynamiken? Diese Frage bildete den Ausgangs- und Schwerpunkt der von 05. bis 06.11.2021 gemeinsam von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen, der Professur für die Soziologie von Arbeit, Unternehmen und Wirtschaft der Universität Göttingen und dem Soziologischen Forschungsinstitut (SOFI) veranstalteten Tagung „Arbeit. Klasse. Politik – Klassendynamiken

im Zeichen von Transformation, Pandemie und einer gespaltenen Arbeitswelt“, die wissenschaftliche wie politische Akteur*innen unter der verbindenden Klammer von Klassenanalyse und -politik in einen produktiven Austausch bringen sollte.

Zu Beginn ließen *Nicole Mayer-Ahuja* (Univ. Göttingen) und *Richard Detje* (WISSENTTransfer) dazu die vergangenen Konjunkturen des Klassenbegriffs ausgehend von seiner Dethematisierung im Kontext neoliberaler, auf Individualisierung und Konkurrenz setzender Politik und Ideologie Revue passieren, um anschließend eine Rückkehr des Klassenbegriffs angesichts des zunehmenden Drucks von Konkurrenz und Prekarität in der Arbeitswelt zu konstatieren, die durch die Coronakrise nochmals zugespitzt wurde. Hier entstünden nämlich neue Klassenerfahrungen, die sich durchaus verallgemeinern und die Klasse so auch als politisches Subjekt für sich (re-)formieren ließen. Unter dieser Prämisse wurden in einzelnen Panels dann die Entwicklungen in verschiedenen Wirtschaftssektoren und Klassenfraktionen diskutiert. So wies *Lutz Raphael* (Univ. Trier) auf die Fragmentierung betrieblicher wie sozialräumlicher Strukturen der industriellen Arbeiterschaft in der Vergangenheit hin, die zumindest den Rückgang von „Klasse“ im subjektiven Bewusstsein erklären könnten, während *Sabine Pfeiffer* (Univ. Erlangen-Nürnberg) sowie das Panel von *Johanna Sittel* (Jena) und *John Lütten* (Hamburg) mit Digitalisierung und Dekarbonisierung die auch für Klassenpolitik zentralen Entwicklungstrends dieses Bereiches in der Gegenwart skizzierten. Pfeiffer plädierte dabei für ein marxistisches Verständnis von Digitalisierung als Reaktion auf Probleme der Wertrealisierung, die durch eine technologisch optimierte Zirkulation gelöst werden solle. Infolgedessen gewinne die in dieser Zirkulationssphäre oftmals unter prekären Bedingungen eingesetzte „Distributivarbeitskraft“ zunehmend an Bedeutung, während qualifizierte Facharbeit fortschreitend entwertet werde. Eine Abwertung von Industriearbeit (in ihrer gegenwärtigen Form) identifizierten auch Sittel/Lütten am Beispiel der Auto- und Kohleindustrie, verbunden allerdings auch mit neuen Qualifikationsanforderungen. Der Kampf um Arbeitsplatzsicherung durch (möglichst selbst- und mitbestimmte) Qualifizierung ließ sich dementsprechend aus beiden Vorträgen als zentrales klassenpolitisches Konfliktfeld destillieren. Gerade das von *Martin Kuhlmann* (SOFI Göttingen) betonte Bewusstsein von ökonomischer Abhängigkeit, einem Produzentenstolz sowie Formen der Arbeitssolidarität könnten als weiterhin vorhandene Residuen von Arbeiterbewusstsein entsprechende Ressourcen und Ansatzpunkte hierfür darstellen.

Den in ihrer Systemrelevanz in der Pandemie besonders in den öffentlichen Blick geratenen Branchen von Gesundheitswesen, Logistik und Lebensmittelproduktion widmeten sich vor allem die Beiträge von *Horst Kahrs* (Inst. f. Gesellschaftsanalyse der RLS) , *Peter Birke* (Univ. Göttingen), *Natalie Grimm* (SOFI Göttingen) und *Sabrina Apicella* (Univ. Lüneburg), wobei hier vor allem auf die weiterhin äußerst wirksamen Spaltungen und Hierarchisierungen entlang der Kategorien von Geschlecht, Migrationsstatus und Ethnisierung verwiesen wurde. In Zusammenhang mit der infolge der Pandemie gestiegenen Arbeitsbe-

lastung und der umso notwendigeren Gegenwehr der Beschäftigten ergäben sich hier besondere Herausforderungen gewerkschaftlicher wie politischer Organisation, so der Tenor. Im Gesundheitswesen könnte hierfür der steigende Bedarf an Gesundheitsdienstleistungen als strategischer Hebel genutzt werden, in der (exemplarisch diskutierten) Fleischindustrie die entstandene öffentliche Aufmerksamkeit und bei Logistik- bzw. Einzelhandelsunternehmen wie Amazon die z.T. bereits in Arbeitskämpfen realisierten Unzufriedenheits- und Widerstandspotentiale. Gleichzeitig wurde die teils enorm heterogene Ausformung der hier anzutreffenden Prekarität konkreter Arbeits- und Lebensverhältnisse wenn nicht als Gegen Tendenz, dann aber zumindest als Herausforderung für Klassenpolitik wahrgenommen. Notwendigkeit wie Schwierigkeit hier Spaltungs- als auch Solidarisierungspotentiale auch auf internationaler Ebene politisch zu bearbeiten war dann auch zentrale Erkenntnis des Abendpodiums am Freitag. *Marcel van der Linden* (Amsterdam, IISG) plädierte angesichts im Kontext der globalen Hegemonie liberal-kapitalistischer Prinzipien nun auch auf globaler Ebene zurückkehrenden sozialen Frage für eine Globalisierung von Demokratie und Solidarität als Antwort. *Stefanie Hürtgen* (Univ. Salzburg) riet anschließend dazu bei den bereits angesprochenen globalen Ungleichheiten jedoch nicht zu schematisch in Form einer Gegenüberstellung von bspw. globalem Norden und Süden als abgeschlossene Einheiten zu abstrahieren, sondern weiterhin die vielfachen Fragmentierungen und Eigenheiten der Subjekte zu berücksichtigen. Praktisch verdeutlicht wurde dieser Punkt dann auch durch *Ravi Ahujas* (Univ. Göttingen) Analyse der Arbeiterklasse als kollektivem politischen Subjekt im Kontext Indiens. Anhand dieses nationalen Kontextes als Beispiel verdeutlichte er die sozioökonomische Segmentierung der Arbeiterklasse sowie die Instrumentalisierung dieser zur Verwertungsoptimierung als Normalfall, auf den die Klassenformierung nicht als mechanischer Reflex, sondern eben nur durch die bewusst-politische Verarbeitung realer Erfahrungen in praktischer Auseinandersetzung resultieren könne. Und dafür sei eben sowohl ein Bezug auf Gemeinsamkeiten als auch die Berücksichtigung realexistierender Statusdifferenzen notwendig.

Zuletzt wurde vom Abschlusspodium von *Hans-Jürgen Urban* (IG Metall), *Bernd Riexinger* (Die LINKE), *Christoph Butterwegge* (Köln, Armutsforscher) und *Nicole Mayer-Ahuja* die Frage nach der Investition gesellschaftlicher Ressource als zentral anstehender klassenpolitischer Mobilisierungspunkt diskutiert, von dem aus sich trotz ungünstiger Kräfteverhältnisse im Kontext anstehender Transformationen langfristige Vergesellschaftungsprozesse anstoßen ließen. Entscheidend sei es dabei die Investitionen an die in den einzelnen Tagungsbeiträgen diskutierten zentralen klassenpolitischen Interessen wie dem nach einer sozialökologischen Transformation inklusive Weiterbildungs- und Arbeitsplatzgarantie oder einem systemrelevante Bereiche durch ihre Vergesellschaftung aufwertenden Infrastruktursozialismus zu knüpfen, und ihnen damit eine sowohl die Arbeiterklasse vereinigende als auch gegenüber Kapital und Staat antagonisierende Wirkung zu verleihen.